3. der Organe der Energiewirtschaft
  - a) der Nachweis der Abteilung Energie des Bezirkswirtschaftsrates beim Rat des Bezirkes bei einem erhöhten Bedarf an Elektroenergie, Wärme und Gas, über die Möglichkeit und die Art und Weise der Deckung des Bedarfs sowie darüber, daß der vorgesehene Standort die volkswirtschaftlich günstigste Zuführung der Energie im Hinblick auf bestehende Versorgungsleitungen gewährleistet;
  - b) eine Stellungnahme der Zentralstelle für wirtschaftliche Energieanwendung und die Zustimmung der Abteilung Energie des zuständigen Bezirkswirtschaftsrates bei Kesselanlagen von 1 t/h bis 5 t/h Dampfleistung bei der Errichtung bzw. Erweiterung von Wärmeerzeugungsanlagen mit einer Dampfleistung von mehr als 5 t/h;
4. der Luftschutz- und Brandschutzorgane
  - a) eine Stellungnahme der Brandschutzorgane;
  - b) die Zustimmung der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP), Abteilung Luftschutz, für alle standortgenehmigungspflichtigen Investitionsvorhaben und Maßnahmen zur Gewährleistung eines wirksamen Schutzes der Bevölkerung, der Betriebe und Einrichtungen vor Angriffen aus der Luft. Für bestimmte volkswirtschaftlich wichtige Investitionsvorhaben behält sich das Ministerium des Innern, Verwaltung Luftschutz, die Zustimmung vor. Der Antrag ist grundsätzlich bei der zuständigen BDVP, Abteilung Luftschutz, zu stellen;
5. der Organe der Landwirtschaft, des Landschafts- und Naturschutzes
  - a) Stellungnahme des Bezirkslandwirtschaftsrates für alle Investitionsvorhaben und Maßnahmen, in deren Folge Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen bzw. deren Nutzung eingeschränkt oder beeinträchtigt werden, sowie für Investitionsvorhaben und Maßnahmen, die in Forschungs- und Beobachtungsgebieten zur Förderung landeskultureller Maßnahmen durchgeführt werden sollen;
  - b) Zustimmung der zuständigen Naturschutzverwaltung entsprechend dem Naturschutzgesetz vom 4. August 1954 (GBl. S. 695) und der Verordnung vom 29. Oktober 1953 zum Schutze der Feldgehölze und Hecken (GBl. S. 1105) für alle Investitionsvorhaben und Maßnahmen, die in der freien Landschaft sowie in Natur- und Landschaftsschutzgebieten vorgesehen sind oder die dazu beitragen, die unter Natur- oder Landschaftsschutz stehenden Gebiete, Landschaftsteile oder Objekte in ihrer Bedeutung herabzumindern;
6. sonstiger staatlicher Organe und Institutionen

&

  - a) ein Gutachten des Meteorologischen und Hydrologischen Dienstes der Deutschen Demokratischen Republik für Investitionsvorhaben und Maßnahmen, durch die ein erheblicher Einfluß auf die örtlichen meteorologischen Verhältnisse zu erwarten ist oder die selbst von meteorologischen Verhältnissen abhängig sind;
  - b) eine Stellungnahme der Abteilung Gesundheits- und Sozialwesen des zuständigen Rates des Bezirkes für Investitionsvorhaben und Maßnahmen, die eine Beeinflussung der hygienischen Verhältnisse zur Folge haben (Abschnitt I Ziff. 14);
  - c) die Genehmigung des Küstenschutzamtes des Rates des Bezirkes Rostock für Investitionsvorhaben und Maßnahmen, die in einem Streifen von 500 m Breite entlang der Ostseeküste (gerechnet von der Außen- bzw. Boddenküste im Inland) bzw. in Küstenschutzgebieten errichtet werden sollen.
  - d) Alle Investitionsvorhaben und Maßnahmen, die in unter Denkmalschutz stehenden Anlagen oder Straßen vorgesehen sind oder die dazu beitragen, unter Denkmalschutz stehende Objekte und deren Umgebung in ihrer Bedeutung herabzumindern, bedürfen gemäß der Verordnung vom 28. September 1961 über die Pflege und den Schutz der Denkmale (GBl. II S. 475) der Zustimmung der in dieser Verordnung genannten zuständigen Organe. Ebenso bedürfen alle Investitionsvorhaben und Maßnahmen, durch die geschützte Bodenaltertümer verändert, beseitigt oder in ihrer Bedeutung gemindert werden, nach der Verordnung vom 28. Mai 1954 zum Schutze und zur Erhaltung der ur- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer (GBl. S. 547) der Zustimmung der Staatlichen Museen für Ur- und Frühgeschichte;
  - e) eine Stellungnahme der zuständigen Organe der Gesundheitsverwaltung für Investitionsvorhaben und Maßnahmen, die in oder in der Nähe von Kurorten, Erholungsorten oder Sanatorien durchgeführt werden, gemäß der Verordnung vom 28. November 1957 über Kurorte, Erholungsorte und Sanatorien (GBl. I S. 617);
  - f) bei Investitionsvorhaben, die in Bergbauschutzgebieten liegen, die Zustimmung der zuständigen Bergbehörde nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 14. März 1951 zur Sicherung der Lagerstätten von Bodenschätzen gegen Bebauung (GBl. S. 199) und der Dritten Durchführungsbestimmung vom 5. September 1962 (GBl. II S. 615);
  - g) die Zustimmung der verantwortlichen Bezirksorgane für Investitionsvorhaben und Maßnahmen, die in Grenzgebieten liegen;
  - h) Stellungnahme des Ministeriums für Nationale Verteidigung für Investitionsvorhaben und Maßnahmen entsprechend einer bei den Bezirksplankommissionen der Räte der Bezirke vorliegenden Nomenklatur. Zur Antragstellung erläßt der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission eine besondere Weisung.
  - i) Sind Investitionsvorhaben oder Maßnahmen in der Nähe von Betrieben oder Einrichtungen vorgesehen, so ist von diesen eine Stellungnahme über die Auswirkung der geplanten Maßnahmen auf ihre Produktionsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten einzuholen.